

Die Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten am 23. Mai 1979 – Ein Tag der geistig-moralischen Wende?

Von Tim Szatkowski

Am 23. Mai 1979, dem 30. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat, wählte die Bundesversammlung in der Beethovenhalle in Bonn den Christdemokraten Karl Carstens zum Bundespräsidenten. Die Wahl des fünften Staatsoberhauptes der Bundesrepublik war in doppelter Hinsicht ein besonderes Ereignis: Zum einen war Carstens der erste aus der Opposition heraus gewählte Präsident. In der Bundesversammlung verfügten die Unionsparteien über die Mehrheit, während SPD und FDP im Bund in der Regierungsverantwortung standen. Auch die Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten 1969 lässt sich damit nicht vergleichen, bildete die SPD doch zusammen mit der CDU und CSU die Regierung der Großen Koalition. Zum anderen war die Integrität des Bundestagspräsidenten Carstens, der nun für das höchste Staatsamt kandidierte, in den vorangegangenen Monaten in einer Weise in Frage gestellt worden, wie es noch bei keinem Bewerber der Fall gewesen war.

Der Kandidat Carstens war aus drei Gründen umstritten. Erstens war er Mitglied der NSDAP gewesen. Zweitens wurde ihm vorgeworfen, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Spionageaffäre Guillaume im Oktober 1974 wissentlich falsch ausgesagt zu haben. Drittens verkörperte er für viele den Typus eines rechtskonservativen Politikers.¹ Vor allem seine Mitgliedschaft in der NSDAP wog schwer. Viele radikale Stimmen waren in der öffentlichen Debatte zu vernehmen, die sich hauptsächlich auf diesen Punkt konzentrierten. Der „Spiegel“ eröffnete eine Kampagne gegen Carstens und beschäftigte sich vornehmlich mit dessen (angeblicher) Verstrickung in Waffengeschäfte des Bundesnachrichtendienstes.² Aber auch gemäßigte Beobachter sprachen sich gegen Carstens aus. So legte Kurt Becker in der „Zeit“ dar, dass die (rein formale) NSDAP-Mitgliedschaft des Bewerbers – wie die des amtierenden Bundespräsidenten Walter Scheel – als „tilgungsfähige ‚Jugendstunde‘“ bewertet werden könne. Gleichwohl hielt er die Kandidatur Carstens’ aus innen- wie außenpolitischen Gründen nicht für opportun.³

Mit der Wahl von Carstens werde der „Wegweiser“ aufgestellt: „Nicht durch Koalition, sondern durch harte Konfrontation an die Macht.“ Das war Mitte

1 Vgl. dazu Tim SZATKOWSKI, *Karl Carstens. Eine politische Biographie*, Köln u. a. 2007, S. 298–310.

2 Vgl. etwa „Der Spiegel“ vom 27.11.1978; 11.12.1978; 26.2.1979; 12.3.1979, „Carstens: Ein Fall für den Staatsanwalt?“; „BND: ‚Die Welt ist voller Wunder‘“; „Fall Carstens: Wer glaubt ihm noch?“; „Nichts für ungut, ehrlicher Mann“.

3 „Die Zeit“ vom 17.11.1978: Kurt BECKER, „Die Schatten der Vergangenheit“.

Februar 1979 die Einschätzung der „Frankfurter Rundschau“.⁴ Der „Spiegel“ informierte seine Leser knapp einen Monat später folgendermaßen: „Carstens-Kenner prophezeien, der künftige Präsident sei [...] entschlossen, das hohe Amt, so elegant es eben geht, zugunsten seiner Union zu nutzen.“⁵ Hinter solchen Aussagen steckte die Furcht vor einem politischen Machtwechsel. Was die einen befürchteten, das erhofften die anderen: „Sobald Carstens gewählt ist, wandert die Union bergauf.“⁶ Es war vor allem der „Münchener Merkur“, der sich geradezu kämpferisch für ihn einsetzte: „Die Wahl des nächsten Bundespräsidenten wird eine politische Wahl sein. [...] Die Wahl eines Unionspolitikers ins höchste Staatsamt [...] bedeutet zugleich ein Stück ‚Machtwechsel‘.“⁷

Ganz richtig stellte der Abgeordnete Conrad Ahlers im Mai 1979 fest, kein Begriff sei im Zusammenhang mit der Wahl von Carstens häufiger verwandt worden als „Machtwechsel“.⁸ Die Kommentatoren knüpften damit an Gustav Heinemann an, der kurz nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 5. März 1969 – mit den Stimmen der Freien Demokraten – dieses Wort in umstrittener Weise gebrauchte.⁹ Es hatte sich damals um eine prophetische Aussage gehandelt, denn im Oktober 1969 bildeten SPD und FDP eine neue Koalition in Bonn und verdrängten die beiden Unionsparteien erstmals seit 20 Jahren aus der Bundesregierung.

Doch lässt sich die Wahl eines Bundespräsidenten wirklich mit einer politischen Wende in Verbindung bringen? Schon Ahlers hatte 1979 seine Zweifel. Der Wechsel von Scheel zu Carstens könne „zweifellos“ einen Machtwechsel einleiten, führte er aus, um sogleich deutlich zu machen: „Vielmehr ist mit der Präsidentenwahl zunächst einmal das relative Gleichgewicht der innenpolitischen Kräfte bestätigt worden“. Es sollte nicht vergessen werden, „daß auf diesem Kräftegleichgewicht die innere Stabilität beruht“. Letztlich sprach Ahlers nur von einem „politischen Stilwechsel“.¹⁰

Das Ziel dieser Abhandlung besteht darin, der Frage nachzugehen, ob die Wahl von Carstens 1979 den Auftakt zur politischen Wende in Bonn 1982/83 darstellte. Die Untersuchung soll allerdings nicht auf den engen Rahmen des konkreten Machtwechsels – der Ablösung der sozialliberalen durch die christ-

4 „Frankfurter Rundschau“ vom 14.2.1979: Gerhard ZIEGLER, „Präsidenten fallen nicht vom Himmel“.

5 „Der Spiegel“ vom 12.3.1979: „Wieder Spaß“.

6 „Münchener Merkur“ vom 7.3.1979: Paul PUCHER, „Mit Carstens bergauf“.

7 „Münchener Merkur“ vom 29.11.1978: Karl Hugo PRUYS, „Carstens – ein Signal“.

8 „Wirtschaftswoche“ vom 26.5.1979: Conrad AHLERS, „Ein Stück Machtwechsel?“

9 *Das Gute fördern und das Böse abwehren. Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“, 8. März 1969, und Interview mit der Deutschen Presseagentur, 10. März 1969, in: Gustav W. HEINEMANN, Es gibt schwierige Vaterländer ... Reden und Aufsätze 1919–1969, hg. von Helmut LINDEMANN. Frankfurt/M. 1977, S. 349–360, hier S. 349f. u. 356–360.*

10 „Wirtschaftswoche“ vom 26.5.1979 (wie Anm. 8).

lich-liberale Koalition am 1. Oktober 1982, die in den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 bestätigt wurde – beschränkt bleiben. Denn nicht nur in den Jahren 1978/79, sondern gerade auch im Rückblick auf seine fünfjährige Präsidentschaft ist Carstens immer wieder als Träger einer geistig-moralischen Erneuerung beurteilt worden. Wolfgang Jäger hat ihn als „Bundespräsident(en) der ‚Wende‘“ beschrieben: „Die Themen seiner Reden weisen einen Bundespräsidenten aus, der die Anliegen der [...] Grundwerte vertrat, die die CDU in ihrem Grundsatzprogramm von 1978 [...] formuliert hatte.“¹¹

Das christdemokratische Grundsatzprogramm von 1978 war Teil einer Krisendiagnose, die „im Kampf um die politische Meinungsführerschaft bestehen konnte. Vordergründig betrachtet, errichtete das Wendekonzept eine starke Kampfstellung gegen die sozial-liberale Koalition. Denn deren rechts- und innenpolitische Reformgesetzgebung wurde als der Quell all jener Krisensymptome gedeutet, die eben eine grundlegende ‚Wende‘ erforderten.“¹² Obwohl das „Konzept der ‚geistig-moralischen Wende‘“ auf eigentümliche Weise konservative, liberale und fortschrittsorientierte Elemente miteinander verknüpfte, erwies es sich doch als „effizientes Instrument zur Erringung diskursiver Meinungsführerschaft und zur demokratischen Eroberung der Macht“.¹³ Fasst man den Begriff der politischen Wende weiter, ist also auch nach der Einleitung eines Stimmungs-, Bewusstseins- und Wertewandels zu fragen.

1. Das Amtsverständnis des Bundespräsidenten Carstens

Dass der 23. Mai 1979 nicht als Tag der Wende bezeichnet werden kann, wird rasch deutlich, wenn sich die Untersuchung auf das Amtsverständnis des Bundespräsidenten konzentriert – zumindest in verfassungsrechtlicher Hinsicht. Kritiker befürchteten, das Staatsoberhaupt könnte – ob unter Ausschöpfung oder sogar dem Versuch der Ausdehnung seiner rechtlichen Kompetenzen – im Sinne der CDU/CSU agieren. Carstens selbst stellte von Beginn an klar, dass ihm nichts ferner liege, als seine Wahl mit der Vorstellung eines Machtwechsels in Verbindung zu bringen. Vor den CDU-Mitgliedern der Bundesversammlung betonte er am 5. März 1979 weiter, dass er unter „striktter Beachtung der Regeln, die unser Grundgesetz für die Amtsführung des Bundespräsidenten aufstellt“, handeln werde.¹⁴

Und in der Tat hat Carstens während seiner fünfjährigen Präsidentschaft zu keiner Zeit den Versuch unternommen, die verfassungsmäßig verankerten Auf-

11 Wolfgang JÄGER: *Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Richard von Weizsäcker*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16-17 (1989), S. 33–47, hier S. 43.

12 Andreas WIRSCHING, *Die mediale „Konstruktion“ der Politik und die „Wende“ von 1982/83*, in: *HPM* 9 (2002), S. 127–139, hier S. 129.

13 EBD. S. 130.

14 Union in Deutschland, Informationsdienst der CDU, Nr. 10, 8. März 1979.

gaben des Staatsoberhauptes im Sinne einer politischen Amtsführung zu nutzen. In diesem Punkt knüpfte Carstens nicht an seinen Vorgänger Walter Scheel an, der noch im November 1976, als er schon fast zweieinhalb Jahre im Amt war, die Auffassung vertrat, jedes Verfassungsorgan – also auch der Bundespräsident – habe die Pflicht, seine Kompetenzen „voll auszuschöpfen“. ¹⁵ Neben Scheel war es – in der Reihe der Bundespräsidenten von Heuss bis Carstens – Heinrich Lübke, der das höchste Staatsamt immer wieder als ein politisches interpretierte. ¹⁶

Sein Verständnis vom Amt des Bundespräsidenten legte Carstens bereits 1971 in seiner Abhandlung *Politische Führung* dar, die seine Erfahrungen als politischer Beamter in den 1950er und 1960er Jahren bündelte. Dabei beschäftigte er sich intensiv mit der Frage, wie der jeweilige Amtsträger Artikel 82 des Grundgesetzes, der die Ausfertigung von Bundesgesetzen zum Gegenstand hat, deuten müsse. Dies ist, neben Personalentscheidungen, der Bereich, an dem sich das Amtsverständnis eines Bundespräsidenten festmachen lässt. Carstens wies darauf hin, dass der Bundespräsident die „formelle Ordnungsmäßigkeit“ der ihm zugeleiteten Vorlagen prüfen dürfe und müsse. Aber die Argumente zugunsten eines „weitgehenden Prüfungsrechts“ hielt er nicht für „durchschlagend“. Die definitive Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen falle dem Bundesverfassungsgericht zu. Dem Bundespräsidenten die Prüfungspflicht aufzuerlegen, würde bedeuten, „den ohnehin schwerfälligen Regierungs- und Gesetzgebungsprozeß noch schwerfälliger“ zu machen. Zu den Fällen, in denen die Amtsträger Gesetze nicht verkündet hatten, weil sie diese für verfassungswidrig hielten, bemerkte Carstens, dass ihre Entscheidungen „falsch“ gewesen seien. ¹⁷

Während Carstens' fünfjähriger Amtszeit wurde die Problematik vor allem beim Staatshaftungsgesetz akut, das vom Bundestag am 12. Februar 1981 verabschiedet wurde und dem der Bundesrat einen Monat später, am 13. März, die Zustimmung versagte. An seiner Verfassungsmäßigkeit hatte er „erhebliche Zweifel“, wie Carstens im Schreiben an den Bundeskanzler sowie an die Präsidenten von Bundestag und Bundesrat darlegte. ¹⁸ Insbesondere war umstritten, ob der Bund in diesem Fall überhaupt die Gesetzgebungskompetenz be-

15 *Im Geiste der Verfassung. Ansprache anlässlich des 25jährigen Bestehens des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe am 18.11.1976*, in: Walter SCHEEL, *Reden und Interviews 3. 1. Juli 1976–30. Juni 1977*, Bonn 1977, S. 103–110, hier S. 107.

16 Vgl. dazu Rudolf MORSEY: *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*. Paderborn u. a. 1996, vor allem S. 333–352, 418–441 und 457–478.

17 Karl CARSTENS: *Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung*. Stuttgart 1971, S. 103f.

18 Zur Unterzeichnung des Staatshaftungsgesetzes. Schreiben des Bundespräsidenten an den Bundeskanzler vom 26. Juni 1981, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 2.7.1981, 64 (1981), S. 545.

saß. Die Einwände wogen für Carstens „schwer“, sie genügten ihm gleichwohl nicht, um die Ausfertigung des Gesetzes zu verweigern.¹⁹ So entsprach die Amtsführung des fünften Bundespräsidenten ganz den Vorstellungen vom Amt, die er beschrieben hatte. Es ist insoweit richtig, Carstens als einen unpolitischen Präsidenten anzusehen. Er habe nicht „auch nur den Anschein eines Eingriffs in die Politik“ entstehen lassen, urteilte 1984 Friedrich Karl Fromme.²⁰ Carstens habe seine rechtlichen Kompetenzen von sämtlichen Amtsinhabern „am engsten“ gedeutet und sich „am wenigsten“ in die Tagespolitik eingemischt, resümierte 1989 auch Wolfgang Jäger.²¹

2. Wertorientierung – Wertewandel in eine andere Richtung

Eine Untersuchung über das Amtsverständnis eines Bundespräsidenten muss aber nicht nur die Frage nach der Intensität des Ausschöpfens verfassungsmäßiger Befugnisse beantworten. Denn eine Einschränkung des Politikbegriffs auf die *machtpolitische potestas* eines Staatsoberhauptes würde zu kurz greifen. Von großer Bedeutung ist ebenso dessen *metapolitische auctoritas*, die Tatsache, dass der Amtsinhaber, vor allem in seinen öffentlichen Äußerungen, starke geistige, moralische und eben auch politische Akzente setzen kann, ohne das Grundgesetz nur im geringsten zu strapazieren. Es waren vornehmlich Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker, die als eminent „politische“ Präsidenten in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingegangen sind, ohne dass sie ihr Amt in verfassungsrechtlicher Hinsicht als ein politisches verstanden.

Carstens hat es als seine Aufgabe angesehen, „ein gewisses Maß an geistiger Führung“ auszuüben.²² Er wollte „Leitlinien“ anbieten, die das Leben bestimmen können, und den Menschen die „Orientierung auf einen Lebenssinn“ vermitteln.²³ Es waren bürgerliche Tugenden wie Fleiß und Pflichtbewusstsein, auf die er abhob, aber auch christliche Tugenden wie die Nächstenliebe, der Dienst am Mitmenschen in der Gemeinschaft. Immer wieder kam er auf die Verantwortung des einzelnen für das Funktionieren des Ganzen (wie Familie, Gesellschaft und Staat) zu sprechen. Unmissverständlich wandte sich Carstens

19 Ebd.

20 Friedrich Karl FROMME: *Deuter ihrer Zeit oder deren Geschöpfe? Zum Amtsbeginn des sechsten Bundespräsidenten*, in: Die Politische Meinung 29 (1984), Heft 214, S. 4–19, hier S. 7.

21 JÄGER, *Die Bundespräsidenten* (wie Anm. 11), S. 42.

22 *Der Bürger hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Interview mit dem Hessischen Rundfunk* (7. Dezember 1980), in: Karl CARSTENS, *Reden und Interviews 2. 1. Juli 1980–30. Juni 1981*, Bonn 1981, S. 331–343, hier S. 331.

23 *Orientierung im christlichen Glauben. Ansprache bei der 100-Jahrfeier des CVJM-Gesamtverbandes in Deutschland in Kassel* (30. Mai 1982), in: Karl CARSTENS, *Reden und Interviews 3. 1. Juli 1981–30. Juni 1982*, Bonn 1982, S. 395–399, hier S. 397f.

gegen die Ausuferung der Emanzipationsideologie in den 1970er Jahren. Sein Programm bestand also durchaus in einer geistig-moralischen (Neu-)Orientierung.

Eine Frage ist, ob Carstens auf diese Weise eine Frontstellung insbesondere zu den politischen Zielen der SPD aufbaute. Die Programme der beiden großen Volksparteien – auf der einen Seite das Grundsatzprogramm der CDU von 1978, auf der anderen Seite der *Orientierungsrahmen* '85 der SPD, der 1975 verabschiedet wurde – wiesen jedenfalls „substantielle Differenzen“ auf.²⁴ So zielte der Wert der Freiheit im Sinne der SPD-Programmatik auf die Freiheitsrechte des einzelnen ab, während die CDU die Wahrnehmung dieser Rechte mit der Forderung nach Verantwortung für andere verknüpfte. Unter Gerechtigkeit verstand die SPD das Ideal gesellschaftlicher Gleichheit, die Union in erster Linie Chancengleichheit.²⁵ Der Vergleich der Bundespräsidenten Heinemann und Carstens an nur einem Beispiel ist bereits aufschlussreich. Beide beriefen sich wiederholt auf die freiheitlichen und demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte. Während Heinemann damit aber zu einer Ausweitung von Demokratisierung und Emanzipation aufforderte, lehnte Carstens insbesondere eine extensive Auslegung des Freiheitsbegriffs ab.

Die Frage nach der Abgrenzung zur SPD ist gleichwohl nicht leicht zu beantworten, denn letztlich waren Wähler, Mitglieder und Funktionäre aus den Reihen der Sozialdemokratie zu heterogen, als dass eine klare Gegenüberstellung möglich wäre. Eine Partei mit einer Spannbreite von Helmut Schmidt bis Peter von Oertzen kann nicht als Einheit begriffen werden, auch wenn ihr linker Flügel in den 1970er Jahren eine ganz beträchtliche, auch politische Aufwertung erlebte. Und noch etwas anderes muss berücksichtigt werden. Karl Dietrich Bracher hielt im fünften Band der *Geschichte der Bundesrepublik* fest, dass sich „binnen kurzem eine erhebliche Verschiebung und Veränderung der geistigen Landschaft“ vollzogen habe: „Wenn es eine konservative Welle gegen Ideen von 1969 war, so hieß das keineswegs, daß nun ein politischer Machtwechsel bevorstand. Das Neue war ja gerade, daß die bislang klaren Fronten sich verwischten. Die konservativen Züge der Tendenzwende sind so wenig eindeutig einem politischen Lager zuzuordnen wie der in Zweifel gezogene Fortschrittsgedanke.“²⁶ So war es kein Zufall, dass auch die öffentlichen Äußerungen des unmittelbaren Vorgängers von Carstens im Amt des Präsi-

24 Helmut STAHL, *Die Suche nach Grundwerten und Grundwertbestimmungen in den Parteien*, in: DERS. u. a., *Wertverzicht in der Industriegesellschaft?* (Untersuchungen und Beiträge zu Politik und Zeitgeschichte Bd. 23), Bonn 1976, S. 166–189, hier S. 181.

25 EBD. S. 183f.

26 Karl Dietrich BRACHER, *Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre*, in: DERS./Wolfgang JÄGER/Werner LINK, *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 285–406, hier S. 351.

dentem, Walter Scheel, in einem „tiefen Wertkonservatismus“ wurzelten.²⁷ Und es war Scheel, der 1977 die nicht unberechtigte Frage stellte: „Stimmt der alte Gegensatz zwischen Konservativen und Progressiven eigentlich noch?“²⁸

Eine andere Frage ist, welche Wirkungen Carstens mit seinen Anliegen erzielte. Auffällig ist sicher die rasch steigende Zustimmung zu seiner Amtsführung in der westdeutschen Bevölkerung. Im Juni 1979, zu Beginn seiner Amtszeit, hatten nur 36 % der Befragten ein gutes oder ausgezeichnetes Urteil über ihn.²⁹ Im Januar 1983 erklärten sich dann 72 % der Befragten mit Carstens „einverstanden“.³⁰ Doch solche Werte sind letztlich natürlich nur ein sehr schwaches Indiz dafür, dass sich die Bundesbürger mit seinen Vorstellungen identifizierten, sie sich diese zu eigen machten.

Von einer (geistig-moralischen) Wende könnte gesprochen werden, wenn ein Wandel zugunsten der Werte eingetreten wäre, die in der Programmatik der CDU und in den öffentlichen Äußerungen des Bundespräsidenten anklangen. Das war nicht der Fall, im Gegenteil. Die sozialkulturellen Wandlungsprozesse, welche die Bundesrepublik seit der Mitte der 1960er Jahre und schließlich verstärkt in den 1970er Jahren erfassten, können mit der „Trias von Individualisierung, radikaler Pluralisierung und Entnormativierung“ beschrieben werden.³¹ Die „Expansion von Selbstentfaltungswerten“³² kennzeichnete eine „gesellschaftliche Revolution“.³³ Dabei erfuhren die Wertorientierungen, die Carstens in den Vordergrund stellte, etwa die religiöse Bindung sowie die Tugenden der bürgerlichen Arbeits- und Leistungsethik, eine klare Abwertung.³⁴ Zwar war der große „Wertwandlungsschub“³⁵ schon Mitte der 1970er Jahre beendet, „aber in den entscheidenden Punkten des Wertewandels zeigte sich keine Umkehr und auch keine Neuorientierung. Zwar war die Dynamik der späten sechziger und frühen siebziger Jahre vorbei [...], aber der Wertewandel selbst hatte noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht. Die Entwicklung ging

27 Wolfgang JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974–1982*. In: DERS./ Werner LINK, *Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1987, S. 9–272, hier S. 145.

28 *Wir müssen uns entscheiden, wie wir in Zukunft leben wollen. Ansprache zur Verleihung des Theodor-Heuss-Preises in München (11. Februar 1977)*, in: SCHEEL, *Reden und Interviews* 3 (wie Anm. 15), S. 173–194, hier S. 192.

29 *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983*. Band VIII, hg. von Elisabeth NOELLE-NEUMANN und Edgar PIEL, München u. a. 1983, S. 230.

30 EBD. S. 233.

31 Andreas RÖDDER, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004, S. 30.

32 Helmut KLAGES, *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt am Main/New York, 2. Aufl. 1985, S. 21.

33 Elisabeth NOELLE-NEUMANN/Thomas PETERSEN, *Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (2001) B 29, S. 15–22, hier S. 16.

34 Vgl. dazu die Zusammenstellung bei Karl-Heinz HILLMANN, *Wertewandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen*, Darmstadt 1986, S. 177–180.

35 KLAGES (wie Anm. 32), S. 21.

weiter in die Richtung, die in den sechziger Jahren eingeschlagen worden war.“³⁶ Dieser Auffassung wird auch ein „Stagnieren der Wertwandlungsbewegung“ seit 1975 entgegengehalten, das allerdings mit dem Hinweis auf verhältnismäßig hohe Instabilität der Wertbezüge der Menschen.³⁷

3. Umgang mit der NS-Vergangenheit

Als ein Bestandteil der (vermeintlichen) Wende ist immer wieder die (angebliche) „geschichtspolitische Offensive“ der Regierung Kohl interpretiert worden.³⁸ Im Zuge des Historikerstreits legte Jürgen Kocka 1986 dar, dass sich die Gründe des Interesses an Geschichte verschoben hätten: „Nicht so sehr Aufklärung [...] und Beiträge zur Emanzipation erwartet die öffentliche Diskussion von der Beschäftigung mit der Geschichte, vielmehr: Hilfen zur Identitätsfindung oder gar Beiträge zur Sinnstiftung. ‚Zustimmungsfähige Vergangenheit‘ ist gewünscht, Geschichte als Tradition zur Stärkung der kollektiven Identität und Konsensbildung.“³⁹ In diesem Zusammenhang kritisierte er scharf den Versuch, „die Ungeheuerlichkeit der nationalsozialistischen Verbrechen zwar nicht zu leugnen, aber doch zu relativieren und ihren Ort in der Geschichte neu zu definieren“.⁴⁰ Aber lässt sich wirklich von einem „grundlegenden historischen Paradigmenwechsel“ in der Bundesrepublik sprechen, und zwar in dem Sinne, dass die konstitutive Bedeutung der Erfahrungen der nationalsozialistischen Epoche für das historisch-politische Selbstverständnis der westdeutschen Gesellschaft geschmälert oder gar ignoriert wurde?⁴¹ Rupert Seuthe jedenfalls kam, unter anderem mit Bezug auf die Pläne für ein *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* und ein *Deutsches Historisches Museum* sowie deren Verwirklichung, zu dem Ergebnis, dass die „sogenannte ‚geistig-moralische Wende‘ nur mehr [...] als eine Chimäre“ erscheine.⁴²

Wie verhält es sich mit Carstens? Wie ging er mit seiner eigenen Vergangenheit und der nationalsozialistischen Geschichte im Allgemeinen um? Lässt ein

36 NOELLE-NEUMANN/PETERSEN (wie Anm. 33), S. 17f.

37 KLAGES (wie Anm. 32), S. 21f.

38 Aleida ASSMANN/Ute FREVERT, *Geschichtsvergessenheit. Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999, S. 262.

39 „Frankfurter Rundschau“ vom 23.9.1986: Jürgen KOCKA, „Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden. Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren.“

40 Ebd.

41 Hans MOMMSEN, *Suche nach der „verlorenen Geschichte“? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik*, in: „Historikerstreit“. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987, S. 156–173, hier S. 156 u. 169.

42 Rupert SEUTHE, „Geistig-moralische Wende“? *Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten*, Frankfurt/M. u. a. 2001, S. 310.

Vergleich mit seinen beiden Amtsvorgängern, Heinemann und Scheel, den Schluss zu, dass die oben genannten Vorwürfe auf ihn zutreffen? In welche Richtung tendierte die öffentliche Meinung Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre beim Umgang mit der NS-Diktatur?

Zunächst die Fakten, soweit sie Carstens betreffen: Im November 1937 stellte der Student der Rechtswissenschaften, der ein Jahr zuvor seine erste juristische Staatsprüfung abgelegt hatte und nun kurz vor seiner Promotion stand, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP. Dieser Schritt ist auf den Zwang der äußeren Umstände zurückzuführen: Der Präsident des Landgerichts Bremen, an dem Carstens als Referendar tätig war, hatte ihn offen dazu aufgefordert und seiner Forderung mit dem Hinweis Nachdruck verliehen, dass die Zulassung zum Assessorexamen ansonsten gefährdet sein und ein Unterhaltszuschuss, auf den Carstens angewiesen war, nicht länger gewährt werden würde. In dieser Situation entschloss sich Carstens, der Partei beizutreten, aber nicht, ohne in geschickter Weise das Aufnahmeverfahren zu verschleppen. So wurde die Mitgliedschaft erst wirksam, als er bereits zur Wehrmacht eingezogen worden war. Sie blieb somit eine rein formale Angelegenheit. Das Entnazifizierungsverfahren endete 1948 mit der Einordnung Carstens' in die Gruppe der „Entlasteten“.⁴³

Die Vorwürfe, die im Zuge seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten gegen ihn erhoben wurden, haben Carstens zu schaffen gemacht. Die Memoiren von Friedrich Zimmermann zeigen, dass er überlegte, von seiner Bewerbung Abstand zu nehmen.⁴⁴ Aber der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, für den es zu dieser Zeit „nichts Wichtigeres als die Präsidentschafts-Kandidatur“ gab, weil die Wahl von Carstens „die Wende anzeigen“ konnte, riet ihm dazu, einige vertrauenswürdige Journalisten einzuladen und ihnen die Motive für seinen Beitritt zur NSDAP darzulegen, also offensiv an die Öffentlichkeit zu gehen.⁴⁵

In einer für Zimmermann „historische(n) Stunde“⁴⁶ ließ sich Carstens auf dessen Pläne ein. Die Artikel, die am 10. November 1978 in der „Welt“⁴⁷ und in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“⁴⁸ erschienen, verfehlten ihre Wirkung durchaus nicht, zumal um diese Zeit bekannt wurde, dass auch Walter Scheel Mitglied der NSDAP gewesen war. Selbst Rudolf Augstein vertrat drei

43 Vgl. zum gesamten Abschnitt SZATKOWSKI (wie Anm. 1), S. 22–46, hier insbesondere S. 36f. u. 40.

44 Friedrich ZIMMERMANN, *Kabinetstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991*, München/Berlin 1991, S. 69.

45 EBD. S. 68 u. 73.

46 EBD. S. 73.

47 „Die Welt“ vom 10.11.1978: Manfred Schell, „Widerstand nach Maß seiner Kräfte“.

48 FAZ vom 10.11.1978: Karl FELDMEYER, „Wie Karl Carstens durch die Zeit des Nationalsozialismus kam“.

Tage später im „Spiegel“ die Meinung, dass Carstens in jedes, „auch in das höchste Amt“ gewählt werden könne.⁴⁹ Carstens legte die beiden erwähnten Artikel dann auch seinen Antworten auf Schreiben bei, welche er von Bürgerinnen und Bürgern erhalten hatte, die sich gegen seine Kandidatur aussprachen. Sein Tenor war folgender: „Ich war – wie fast alle meine Altersgenossen – in die damalige Entwicklung verstrickt. Niemand, der nicht aktiven Widerstand geleistet hat, und das heißt, sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, kann sich davon gänzlich frei zeichnen. Aber niemand kann mir nach meiner Ansicht zu Recht den Vorwurf machen, ich hätte die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unterstützt.“⁵⁰ Das war eine zutreffende Selbsteinschätzung. Carstens stand der nationalsozialistischen Ideologie fern, seine Mitgliedschaft in der NSDAP ruhte, eine aktive Rolle in der NS-Diktatur spielte er nicht.

Die heftigen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Wahl des Bundespräsidenten 1979 erscheinen als künstliches Produkt, vor allem im Vergleich mit Carstens' weitgehend ruhiger und unumstrittener fünfjähriger Präsidentschaft. Wie in der Bundesrepublik, so war zum Teil auch in Israel eine aufgesetzte Entrüstung erkennbar. Bei Carstens' dortigem Besuch vom 23. bis 28. Mai 1978 als Präsident des Bundestages war das Thema seines Verhaltens im Dritten Reich gar nicht präsent. Die Reise wurde von Likud-Vertretern als „äußerst positiv“ und „Wendepunkt“ im Dialog mit der Bundesrepublik bezeichnet.⁵¹ Sie war besonders heikel, weil Ministerpräsident Menachem Begin – der nach den Wahlen im Mai 1977 eine Regierung gebildet hatte – zuvor niemals einen deutschen Politiker empfangen hatte.⁵² Der Besuch wurde daher von Botschafter Klaus Schütz als „Durchbruch“ in den deutsch-israelischen Beziehungen seit der Amtsübernahme Begins bewertet.⁵³

Als Carstens einige Monate später für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte, wandelte sich die Situation auffällig. Seine NSDAP-Mitgliedschaft geriet nun sehr viel stärker in das Blickfeld der israelischen Öffentlichkeit – und wurde zum Teil scharf angegriffen. Entsprechende Presseberichte waren bisweilen mit Abbildungen Hitlers versehen. Die kritischen Stimmen überwogen insgesamt.⁵⁴ Gleichwohl gab es in Israel und in ausländischen jüdischen Kreisen auch eine ganze Reihe von gemäßigten Kommentaren. So brachte die

49 „Der Spiegel“ vom 13.11.1978: Rudolf AUGSTEIN, „Nun ruht mal schön.“

50 Schreiben Carstens' an Pfarrer F. R. Kudis, Karlsruhe, vom 28.2.1979, in: Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Karl Carstens (N 1337), Band 98.

51 Drahtbericht Nr. 577 des Botschafters Schütz, Tel Aviv, vom 26.5.1978, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, Referat 011, Band 115278.

52 Ebd.

53 Drahtbericht Nr. 578 des Botschafters Schütz, Tel Aviv, vom 29.5.1978, in: ebd.

54 Vgl. die Zusammenstellung von Presseausschnitten nach der Wahl zum Bundespräsidenten; Anhang zum Schriftbericht Nr. 687 der Botschaft Tel Aviv vom 7.6.1979, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, Referat 310, Band 125006.

Tageszeitung „Yedioth Ahronoth“ am 18. Mai 1979 ein Interview mit Carstens und ein objektives Porträt des Kandidaten.⁵⁵ Auch der „Aufbau“ berichtete überaus positiv. Carstens’ „verzeihliche Jugendsünde“ sei „weggewischt und kein Argument gegen seine Präsidentschaft“.⁵⁶ Und die deutschsprachige Tageszeitung „Israel Nachrichten“ zeigte sich Carstens gegenüber mit einem Artikel von Robert Kempner ebenfalls sehr aufgeschlossen.⁵⁷

Als Bundespräsident hat sich Carstens wiederholt mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Am prägnantesten formulierte er seine Intentionen in diesem Zusammenhang am 6. Oktober 1982 auf dem 34. Historikertag in Münster: „Zwölf Jahre dürfen sich nicht wie ein Riegel vor unsere ganze Geschichte schieben.“⁵⁸ Im Frühjahr 1976 übermittelte er dem Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, den von ihm redigierten Text einer „Wahlkampfplattform“, der im Abschnitt über „Geschichtsbewusstsein – Vaterland“ seine Absichten gleichfalls eindringlich widerspiegelt: „Wir wenden uns gegen alle Versuche, die gesamte deutsche Geschichte unter negativen Vorzeichen zu behandeln. Die dunklen Kapitel, vor allem der Jahre von 1933–1945, sollen nicht übergangen werden. Aber auch die große geschichtliche Überlieferung des 19. und 20. Jahrhunderts muß behandelt werden. Die junge Generation soll sich ein eigenes Urteil bilden können, um endlich wieder ein ungebrochenes Verhältnis zu Deutschland und zur deutschen Geschichte zu finden.“⁵⁹

Es war aus Carstens’ Sicht eine „törichte Verfälschung“, das Streben der Deutschen nach Demokratie und Freiheit als eine Geschichte des Scheiterns erscheinen zu lassen.⁶⁰ Vielmehr wollte er eine „durchgehende geschichtliche Linie von 1832 über 1848, 1918/19, 1948/49 bis heute“ ziehen⁶¹ und auf diese Weise die „Kontinuität der liberalen Tradition“ herausstellen.⁶² Carstens’ Bestreben ging dahin, den Blick auf erfreuliche Entwicklungen in der deutschen

55 Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 635 der Botschaft Tel Aviv vom 21.5.1979, in: ebd.

56 „Aufbau“ vom 17.11.1978: Hans STEINITZ, „Die ich rief, die Geister ...“.

57 Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 949 der Botschaft Tel Aviv vom 3.8.1979, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, Referat 310, Band 125006; „Israel Nachrichten“ vom 3.8.1979: Robert M. W. KEMPNER, „Der neue Bundespräsident wird präsentiert: Rolf Vogel über Prof. Karl Carstens“.

58 *Geschichtsbewußtsein und nationale Identität. Rede auf dem 34. Deutschen Historikertag in Münster (6. Oktober 1982)*, in: Karl CARSTENS, *Reden und Interviews 4. 1. Juli 1982–30. Juni 1983*, Bonn 1983, S. 85–93, hier S. 89.

59 Schreiben Carstens’ an Kurt Biedenkopf vom 5.4.1976, in: Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Karl Carstens (N 1337), Band 216.

60 S. Anm. 58, S 91.

61 *Die Demokratie schützen. Rede beim Festakt anlässlich der 150. Wiederkehr des Hambacher Festes im Hambacher Schloß (27. Mai 1982)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews 3* (wie Anm. 23), S. 386–394, hier S. 391.

62 *Werte vorleben. Interview mit der Zeitschrift „Evangelische Kommentare“ (September 1980)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews 2* (wie Anm. 22), S. 287–299, hier S. 298.

Geschichte zu lenken, das heißt, der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur eine gute geschichtliche Tradition entgegenzusetzen, den Bundesbürgern so ein Angebot zu positiver Identifikation mit ihrem Land nahebringen.

Wenn Carstens die Geschichte dergestalt als identitätsbildenden Erfahrungsraum nutzte, fielen die Jahre 1933 bis 1945 aus seiner Betrachtung heraus. Doch von einer Relativierung wird trotz allem nicht gesprochen werden können. Carstens machte immer deutlich, dass die NS-Diktatur nicht vergessen werden dürfe, und betonte die Notwendigkeit ihrer weiteren (wissenschaftlichen) Aufarbeitung. Es ging ihm um die „Offenlegung der Ursachen, die zu dieser Entwicklung geführt haben, mit dem Ziel, solche Tiefen der Verblendung, des Hasses und der Gewalt für alle Zukunft [...] unmöglich zu machen“.⁶³ Carstens selbst betrieb eine solche Ursachenforschung in seinen öffentlichen Äußerungen allerdings kaum. Die Frage nach der Schuld behandelte er eher am Rande. Unrecht war für ihn „in deutschem Namen“ geschehen⁶⁴, der Zweite Weltkrieg „von den damaligen Machthabern in Deutschland“ entfesselt worden.⁶⁵ Kollektive oder gar individuelle Zuweisungen von Schuld lehnte er ab.

Vergleicht man die Darlegungen Carstens' zum Nationalsozialismus mit denen der beiden anderen Bundespräsidenten, die in den Jahren der sozialliberalen Koalition amtierten, fällt zunächst auf, dass er sich insgesamt weniger mit diesem Thema beschäftigte als Heinemann und Scheel. Das ist mit Sicherheit kein Zufall – und nicht allein dem Umstand geschuldet, dass eine stärkere Profilierung angesichts nicht vorhandener „runder“ Jahrestage (Ausnahme: 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1979) nicht möglich war. Quantität sagt allerdings noch nichts über Qualität aus. Doch auch in letzterem Punkt fällt Carstens gegenüber Heinemann und Scheel ab – wenn intensivere Reflexionen über Gründe für die Entstehung einer Diktatur, speziell der nationalsozialistischen, sowie über Schuld und Verantwortung zur Leitlinie erhoben werden.

Heinemann suchte nach den Ursachen für den Erfolg der Nationalsozialisten und wies auf christliche Judenfeindschaft, gewalttätigen Nationalismus sowie

63 *Die deutsche Nation bleibt lebendige Wirklichkeit. Rede zum Gedenken an den 17. Juni 1953 vor dem Deutschen Bundestag (17. Juni 1983)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews* 4 (wie Anm. 58), S. 343–354, hier S. 348.

64 *Vermächtnis und Auftrag für die Zukunft. Rede bei der Gedenkfeier des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen in Bonn-Bad Godesberg (20. Juli 1981)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews* 3 (wie Anm. 23), S. 43–50, hier S. 43.

65 *Ansprache bei einem Empfang zu Ehren von Papst Johannes Paul II. auf Schloß Augustusburg in Brühl (15. November 1980)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews* 2 (wie Anm. 22), S. 97–101, hier S. 99.

blinden Obrigkeitseingebunden der Deutschen hin.⁶⁶ Als erster Bundespräsident benutzte er in einer Rede zum 20. Juli 1944 (am 19. Juli 1969) nicht die Formel, dass Unrecht „in deutschem Namen“ geschehen sei. Eine konkrete Schuldzuweisung aber nahm das Staatsoberhaupt nicht vor.⁶⁷ Scheel verwendete wieder das traditionelle Diktum, dass Verbrechen „in deutschem Namen“ (bzw. „in unserem Namen“) verübt worden seien, deutete allerdings mit anderen Formulierungen („wir nahmen es hin“) eine aktive Schuld von Deutschen an.⁶⁸ Am 17. Juni 1978 machte der Bundespräsident deutlich, dass es die Geistesverfassung eines Volkes sei, welche die Geschichte in eine bestimmte Richtung lenke, und dass es eben nicht die äußeren Umstände allein seien. Er forderte dazu auf, sich von Denk-, Gefühls- und Verhaltensweisen, welche die Deutschen „dem wilhelminischen und nazistischen ‚Reich‘ entgegengebracht“ hätten, endgültig zu verabschieden.⁶⁹ Einem Teil der damaligen Historiker und Geschichtslehrer an Schulen und Universitäten warf er vor, den Deutschen ein falsches historisches Bewusstsein vermittelt zu haben.⁷⁰ Mit dieser Aussage wies er einer bestimmten Personengruppe Schuld zu.

Carstens hat andere Akzente gesetzt. Diese lassen allerdings nicht den Schluss zu, er sei in der Reihe der Bundespräsidenten eine auffällige Ausnahme. Letztlich knüpfte Carstens – ohne die nationalsozialistische Vergangenheit zu verdrängen, ihre Bedeutung für die deutsche Geschichte zu beschränken oder Untaten in ihrem Ausmaß zu schmälern – an Theodor Heuss an, dem es ein besonderes Anliegen war, ein ausgewogenes Geschichtsbild zu vermitteln und eine Neubestimmung der nationalen Identität vorzunehmen.⁷¹ Und dabei stand Carstens nicht quer zur öffentlichen Meinung.

Zwar bedeutete die Ausstrahlung des amerikanischen Fernsehfilms *Holocaust* im Januar 1979 „nicht so sehr einen Wendepunkt, sondern vielmehr einen ersten Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die

66 *Eine Flamme am Brennen halten. Ansprache zum 25. Gedenktag des 20. Juli 1944, gehalten in Berlin-Plötzensee am 19. Juli 1969*, in: Gustav W. HEINEMANN, *Reden und Interviews. 1. Juli 1969–30. Juni 1970*, Bonn 1970, S. 18–26, hier S. 19.

67 Vgl. EBD. S. 18–26.

68 *Wir haben gelernt. Ansprache zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges (6. Mai 1975)*, in: Walter SCHEEL, *Reden und Interviews 1. 1. Juli 1974–30. Juni 1975*, Bonn 1975, S. 231–243, hier S. 234.

69 *Von der Einheit Deutschlands. Rede zum 25. Jahrestag des „Tages der deutschen Einheit“ im Plenarsaal des Deutschen Bundestages (17. Juni 1978)*, in: Walter SCHEEL, *Reden und Interviews 4. 1. Juli 1977–30. Juni 1978*, Bonn 1978, S. 327–343, hier S. 331 u. 336.

70 *Das demokratische Geschichtsbild. Rede auf dem Deutschen Historikertag 1976 in Mannheim (22. September 1976)*, in: SCHEEL, *Reden und Interviews 3* (wie Anm. 15), S. 55–69, hier S. 60.

71 Vgl. dazu Ulrich BAUMGÄRTNER, *Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus*, Stuttgart 2001, S. 343–345.

sich im Generationenwechsel auch thematisch veränderte“.⁷² Und die Fernsehserie bewirkte einen „kurzfristigen Meinungsausschlag: Innerhalb von drei Monaten sank die Zustimmung zur Verjährung der Massenmorde von 62 % auf 50 %, doch blieb diese Meinungsänderung nicht stabil.“⁷³ Im Zuge der (letzten) Verjährungsdebatte wollten im Februar 1979 nur noch 47 % der Befragten einen „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit ziehen, während es zehn Jahre zuvor, 1969, noch 67 % waren. Dementsprechend äußerten 40 % der Befragten Anfang 1979 die Auffassung, dass nationalsozialistische (Mord-)Verbrechen auch in Zukunft verfolgt werden sollten. 1969 waren es nur 23 %.⁷⁴

Und mit Blick auf die neunziger Jahre, die Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands, kann festgestellt werden, dass sich „fortgesetzt und intensiviert“ hat, „was bereits in den achtziger Jahren begonnen hatte: eine breite, differenzierte, hochgradig politisierte Auseinandersetzung mit jenen zwölf Jahren deutscher Geschichte, die sich allen Versuchen historiographischer ‚Normalisierung‘ beharrlich und nachhaltig entziehen“.⁷⁵ Trotz allem: Auch wenn die Bereitschaft größer geworden ist, „die NS-Vergangenheit einschließlich des Mordes an den europäischen Juden genauer zur Kenntnis zu nehmen“, steht dieser Entwicklung doch eine „Schlußstrichtendenz“ gegenüber.⁷⁶ Mit anderen Worten: Das Interesse an Geschichte, gerade auch an der Geschichte des Dritten Reichs, hat seit den 1970er Jahren stark zugenommen, nicht aber die Bereitschaft, daraus konkrete, in welcher Form auch immer belastende Konsequenzen – individuelle oder kollektive, Folgen für die Bundesrepublik – in Kauf zu nehmen. So fällt der Bundespräsident in dieser Hinsicht ganz und gar nicht aus dem Rahmen. Eine Wende im Umgang mit der NS-Vergangenheit hat Carstens – genauso wenig wie die Regierungen unter Helmut Kohl – nicht eingeleitet.

4. Das Verhalten der FDP

Ein womöglich viel deutlicheres Anzeichen für einen politischen Machtwechsel hat die FDP mit ihrem Abstimmungsverhalten in der Bundesversammlung am 23. Mai 1979 gesetzt. Die Bundesversammlung umfasste damals 1.036 Mitglieder, 531 der CDU/CSU, 438 Sozialdemokraten, 66 FDP-Mitglieder und einen fraktionslosen Abgeordneten des Bundestags. Am Wahltag waren 1.032

⁷² Peter REICHEL, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001, S. 205.

⁷³ Werner BERGMANN, *Die Reaktion auf den Holocaust in Westdeutschland von 1945 bis 1989*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 43 (1992), Heft 6, S. 327–350, hier S. 329.

⁷⁴ *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983* (wie Anm. 29), S. 194.

⁷⁵ ASSMANN/FREVERT, *Geschichtsvergessenheit* (wie Anm. 38), S. 259.

⁷⁶ BERGMANN, *Die Reaktion auf den Holocaust* (wie Anm. 73), S. 350.

Mitglieder anwesend (530 CDU/CSU, 435 SPD, 66 FDP, ein Fraktionsloser). Auf Carstens entfielen 528 Stimmen, auf die Kandidatin der SPD, Annemarie Renger, 431. Es gab 72 Enthaltungen und eine ungültige Stimme. Offenbar haben sich sämtliche Mitglieder der FDP ihrer Stimme enthalten. Das ist sehr auffällig und ungewöhnlich, denn eigentlich hätte erwartet werden können, dass die Partei – als einer der beiden Partner der sozialliberalen Koalition – für die Kandidatin der SPD votiert.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten hatten sich zunächst verständigt, für den ersten Wahlgang auf die Benennung eines Kandidaten zu verzichten. Für den Fall, dass Carstens nicht die erforderliche Mehrheit erreichen sollte, spekulierten sie, Walter Scheel für den zweiten Wahlgang zu nominieren.⁷⁷ Scheel hatte allerdings schon verkündet, nicht mehr zur Verfügung zu stehen – wohl auch in der Einsicht, dass die Union in der Bundesversammlung die Mehrheit besaß. Die Führung der SPD war vor allem daran interessiert, die Einheit der Koalition nicht zu gefährden, das heißt nicht einen Bewerber zu küren, der dann von der FDP nicht geschlossen unterstützt werden würde. Insbesondere Herbert Wehner äußerte sich in diesem Sinne.⁷⁸ Die Führung der FDP verfolgte das Ziel, keinen sozialdemokratischen Kandidaten wählen zu müssen, weil das ihr Image von der untrennbar mit der SPD verbundenen Partei weiter verfestigt und andere Koalitionsmöglichkeiten deutlich beschränkt hätte.⁷⁹ Insoweit war für beide Koalitionspartner der Verzicht auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten durchaus konsequent.

Aber in den letzten Tagen vor der Wahl änderte sich die Situation. Sowohl an der Parteibasis als auch unter SPD-Abgeordneten des Bundestags wurde immer lauter der Unmut darüber artikuliert, dass die SPD als große Volkspartei keinen eigenen Bewerber präsentierte.⁸⁰ Die Parteiführung sah sich daher gezwungen, von der mit der FDP vereinbarten Linie abzuweichen. Nach neuen Gesprächen wurde ein Kompromiss gefunden. Es sollte ein parteiloser Kandidat ins Rennen geschickt werden. Mit ihm hätte man noch – so die Hoffnung der SPD – Geschlossenheit demonstrieren können, und die Liberalen hätten keinen Sozialdemokraten wählen müssen. Gute Aussichten bestanden für Carl Friedrich von Weizsäcker und Marion Gräfin Dönhoff.⁸¹ Beide lehnten jedoch ab, und am Ende trat die Vizepräsidentin des Bundestags, Renger, zu einer aussichtslosen Zählkandidatur an.

77 Vgl. FAZ vom 18.5.1979: „Mit Professor von Weizsäcker oder Gräfin Dönhoff gegen Carstens?“

78 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 17.5.1979: Hartmut PALMER, „Zu langes Zögern vor dem fahrenden Zug“.

79 Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 18.5.1979: „Taktische Manöver vor der Präsidentschaftswahl in Bonn“.

80 Vgl. EBD.

81 Vgl. FAZ vom 18.5.1979 (wie Anm. 77).

Der Minimalkonsens zwischen den Koalitionspartnern wurde in der Presse in aller Regel negativ vermerkt, das Scheitern der Kompromisslösung erst recht. Für viele Beobachter war die „Vertrauensgrundlage einer Ära endgültig ruiniert, die mit einer Regierung Brandt/Scheel begann“.⁸² SPD und FDP gingen bei der Wahl des Staatsoberhauptes am 23. Mai 1979 „getrennte Wege“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ titelte⁸³, und zahlreiche Kommentatoren erwarteten oder befürchteten, dass dies auch in Zukunft immer häufiger der Fall sein werde. Der Wahl kam „geradezu symbolische Bedeutung für die Position der FDP und den Zustand der Koalition“ bei: „Die FDP führte Äquidistanz vor, die nach Lage der Dinge nur als Distanzierung vom Bündnis mit den Sozialdemokraten interpretiert werden konnte.“⁸⁴ Sie demonstrierte die „Offenhaltung ihrer Optionen gewissermaßen symbolisch“.⁸⁵

Das Stimmverhalten der Freien Demokraten in der Bundesversammlung war eine Reaktion auf die „tiefe Krise“⁸⁶, in der sich die Partei Mitte 1978 befunden hatte. Bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen am 4. Juni 1978 erlitt sie klare Niederlagen. In der Hansestadt – wo die Partei auf eine Koalition mit der SPD gesetzt hatte – scheiterte sie mit 4,8 % an der Fünf-Prozent-Hürde (1974: 10,9 %). Die sozialliberale Koalition war Geschichte, fortan regierte die SPD in Hamburg mit absoluter Mehrheit. In Niedersachsen – dort hatte die FDP eine Fortführung der Koalition mit der CDU angestrebt – zog sie ebenfalls nicht in das Parlament ein (1978: 4,2 %; 1974: 7,0 %). Die Christdemokraten konnten in diesem Bundesland künftig alleine regieren. Die FDP reagierte auf diese Entwicklung mit einer „sozial-liberalen Renaissance“⁸⁷, die in den nächsten Monaten eine gewisse Stabilisierung zur Folge hatte. In die Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 1978 zog die Partei wieder mit klarer sozialliberaler Ausrichtung. Ihre Grundprobleme, die sich seit Mitte der 1970er Jahre angedeutet hatten, blieben allerdings bestehen.

Zu behaupten, die Koalition aus SPD und FDP sei schon 1973 „innerlich am Ende“ gewesen⁸⁸, mag übertrieben sein. Richtig ist aber, dass die stärkste Klammer – der Wille zu einer neuen Deutschland- und Ostpolitik, die „einzige

82 „Süddeutsche Zeitung“ vom 23.5.1979: Robert LEICHT, „Zum Schaden des höchsten Amtes“.

83 FAZ vom 23.5.1979: „Die Koalitionsparteien gehen getrennte Wege bei der Wahl des Bundespräsidenten“.

84 JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition* (wie Anm. 27), S. 121f.

85 Susanne MILLER/Heinrich POTTHOFF, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990*, 7. Aufl., Bonn 1991, S. 252.

86 JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition* (wie Anm. 27), S. 115.

87 EBD. S. 117.

88 Arnulf BARING, 1982: *Die Wende kam schon vor acht Jahren*, in: DERS., *Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949–1999*. Stuttgart 1999, S. 227–234, hier S. 233.

wirkliche Basis des sozialliberalen Bündnisses von 1969⁸⁹ – die beiden Partner nicht mehr zusammenhielt. Der Prager Vertrag vom 11. Dezember 1973 bildete den Schlussakt dieser politischen Aufgabe. Die Aufbruchsstimmung aus den Anfangsjahren der Koalition war verflogen, fortan bestimmten unter dem Druck der Ölkrise 1973/74 Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die Regierungstätigkeit. In diesen Bereichen gab es vermehrt unterschiedliche Auffassungen zwischen den beiden Bündnispartnern – zumal angesichts des Erstarkens des wirtschaftsliberalen Flügels der FDP. Eine wichtige Rolle spielte für die Freien Demokraten auch der Zustand der SPD: Diese hatte nach den Bundestagswahlen 1976, bei denen sie 42,6 % der Stimmen erzielte (1972: 45,8 %), „allen Grund, beunruhigt zu sein“.⁹⁰ Erstmals seit 1953 gewann die SPD bei Bundestagswahlen keine Stimmen dazu. Aus verschiedenen Gründen befand sich die Sozialdemokratie wenn auch nicht in einer Krise, so doch in einer nicht günstigen Verfassung. Allerdings konnte die SPD diese letztlich leichter verkraften, im Gegensatz zur FDP. Die liberale Partei mit ihrem nur geringen Anteil an Stammwählern drohte im Strudel einer größeren Krise der SPD – und damit zwangsläufig der Regierungskoalition insgesamt – unterzugehen, ihre parlamentarische Existenz zu verlieren.

Um die Mitte der 1970er Jahre antwortete die FDP auf diese Situation zunächst mit „Tendenzen zur Auflockerung der koalitionspolitischen Fronten“⁹¹, mit einer „schrittweisen bündnispolitischen Umorientierung“.⁹² Nach den Bundestagswahlen im Oktober 1976 unterbreitete der saarländische Ministerpräsident Franz Josef Röder (CDU) der FDP angesichts einer seit 1975 bestehenden Patt-Situation im Landtag ein Koalitionsangebot, das 1977 zur Bildung einer christlich-liberalen Koalition führte. Bereits Ende 1976 war eine Koalition zwischen CDU und FDP in Niedersachsen zustande gekommen, wo SPD und FDP seit den Landtagswahlen 1974 zwar über eine knappe Mehrheit verfügten (78 zu 77 Stimmen), Anfang 1976 dennoch Ernst Albrecht (CDU) zum Ministerpräsidenten gewählt worden war.

Eine durchaus spektakuläre Annäherung zwischen der FDP und der Union vollzog sich auch im Bereich der Außenpolitik: „Die neue Tendenz der FDP und die auf ein Bündnis mit den Liberalen zielenden Kräfte der CDU – sei es kurzfristig im Saarland und in Niedersachsen, sei es auf längere Sicht im Bund – trafen zu einem *do ut des* zusammen.“⁹³ Es waren nicht zufällig die Ministerpräsidenten Röder und Albrecht, die Bereitschaft zur Zustimmung für die umstrittenen deutsch-polnischen Vereinbarungen vom 9. Oktober 1975 erkennen

89 EBD. S. 229.

90 MILLER/POTTHOFF, *Kleine Geschichte der SPD* (wie Anm. 85), S. 237.

91 JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition* (wie Anm. 27), S. 115.

92 Jürgen DITTBERNER, *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005, S. 55.

93 JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition* (wie Anm. 27), S. 45.

ließen.⁹⁴ Das war für die sozialliberale Koalition maßgeblich, denn Teile dieser Vereinbarungen waren im Bundesrat zustimmungspflichtig, und dort besaßen CDU und CSU mittlerweile die Mehrheit. Auch der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, hatte großes Interesse an einem Zugehen auf die Freien Demokraten, ergab sich daraus doch ein (weiterer) Riss im vermeintlich festgefügt Block der beiden sozialliberalen Bündnispartner. Allerdings forderte er deutliche Nachbesserungen der bilateralen Vereinbarungen, die er schließlich mit Hilfe des FDP-Vorsitzenden, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, erreichen konnte.⁹⁵

Genschers eher funktionales Verständnis von der FDP – in der Hauptsache als Mehrheitsbeschafferin für wechselnde Koalitionspartner, nicht als Partei mit fester programmatischer Prägung und eventuell der Bereitschaft, dafür in die Opposition zu gehen – ist immer wieder beklagt worden. Dabei sind unterschiedliche Phasen auszumachen: die Zeit der stärkeren koalitionspolitischen Auflockerung 1975/76 bis 1977/78, dann die erneute, unzweifelhafte Ausrichtung auf das Bündnis mit der SPD. Und schließlich das Stimmverhalten der FDP in der Bundesversammlung im Mai 1979, das wieder einen Umschlag andeutete. Unter diesen Umständen wird aber kaum von der Einleitung einer politischen Wende gesprochen werden können. Die Situation des Jahres 1979 unterschied sich doch beträchtlich von der des Jahres 1982, als die FDP tatsächlich den Koalitionspartner wechselte. Aber als einen nicht zu unterschätzenden Indikator für eine mögliche anderweitige Bündnisorientierung wird man die Abstimmung der Freien Demokraten am 23. Mai 1979 doch sehen müssen.

5. Außen- und Sicherheitspolitik

Der endgültige Bruch des Bündnisses aus SPD und FDP im September 1982 vollzog sich im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. An zweiter Stelle waren dafür Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich. Hier kam – zumindest theoretisch – auch der Bundespräsident ins Spiel. Bereits Ende Januar 1974, noch vor seiner Wahl, führte Walter Scheel in der „Frankfurter Rundschau“ aus, dass die Verteilung der Aufgaben und Gewichte zwischen dem Bundeskanzler und Bundespräsidenten in den 1950er Jahren das „Ergebnis einer historischen und persönlichen Konstellation“ gewesen sei. Er warf die Frage auf, ob Artikel 59 des Grundgesetzes, die völkerrechtliche Vertretung des Bundes durch den Präsidenten, damals „wirklich ausgeschöpft“ worden sei. Der Bundespräsident werde künftig ein „politischer Präsident“

⁹⁴ Vgl. dazu Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 264f.

⁹⁵ Vgl. zum gesamten Abschnitt, mit weiteren Literaturhinweisen, SZATKOWSKI (wie Anm. 1), S. 256–262.

sein, das Staatsoberhaupt beim (institutionellen) Ausbau der EG zur Union „Führung und Inspiration“ bieten können.⁹⁶

Carstens knüpfte nicht an die Intentionen an, die Scheel mit solchen Aussagen verfolgte, und zwar das Amt des Bundespräsidenten in einem politischen Sinne zu interpretieren. Gleichwohl hat Carstens an seinen Auffassungen in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht den geringsten Zweifel gelassen. Um deren Stellenwert, und nicht zuletzt ihre potentielle Bedeutung für einen „Machtwechsel“ in Bonn, besser zu verstehen, ist es zunächst notwendig, den Bruch der sozialliberalen Koalition in diesem Punkt nachzuzeichnen.

Konkret ging es vor allem um die Einführung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in verschiedenen westeuropäischen Staaten. In seiner Rede vor dem *International Institute for Strategic Studies* in London am 28. Oktober 1977 warnte Bundeskanzler Schmidt vor dem schnellen Anwachsen sowjetischer Waffensysteme im nuklear-taktischen Bereich, der weder von den SALT- noch den MBFR-Verhandlungen (Mutual and Balanced Force Reductions; „Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängenden Maßnahmen in Europa“) erfasst wurde.⁹⁷ Die Nordatlantische Allianz reagierte auf die schon zuvor erkannte Bedrohung mit dem sogenannten Doppelbeschluss vom Dezember 1979, der ein umfangreiches Modernisierungsprogramm für ihre Nuklearsysteme vorsah, sollten Verhandlungen über Rüstungskontrollmaßnahmen zwischen den USA und der UdSSR scheitern. In der SPD geriet die eine Säule des Doppelbeschlusses – die Bereitschaft zur Verteidigung, der Stationierungsteil – jedoch zunehmend in das Kreuzfeuer der Kritik.

Für Andreas Rödder signalisiert die überaus scharfe Kritik Egon Bahrs an der Neutronenbombe im Juli 1977⁹⁸, deren Einführung als Antwort auf die sowjetische Expansion im Mittelstreckenbereich zuerst diskutiert worden war, „die beginnende Erosion des Konsenses über die Abschreckung in der Bundesrepublik“.⁹⁹ Auf dem Parteitag der SPD in Köln im November 1983 sprachen sich von 400 Delegierten nur noch 14 für beide Elemente des NATO-Doppelbeschlusses aus.¹⁰⁰ In diesen gut sechs Jahren ging nicht nur der linke Flügel der Partei auf Konfrontationskurs zu Schmidt und einer „regierungstreue(n)

96 „Frankfurter Rundschau“ vom 31.1.1974: Walter SCHEEL: „Theodor Heuss und sein Amt. Zum 90. Geburtstag des ersten Bundespräsidenten“.

97 *Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit*, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 8.11.1977, 112 (1977), S. 1013–1020, insbesondere S. 1014f.

98 „Vorwärts“ vom 21.7.1977: Egon BAHR, „Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden? Die Neutronenbombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens“.

99 RÖDDER, *Die Bundesrepublik* (wie Anm. 31), S. 61.

100 Vgl. dazu Anton NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft*, Baden-Baden 1990, S. 230–249.

Mitte-Rechts-Riege“.¹⁰¹ Am Ende befand sich nahezu die gesamte Sozialdemokratie auf dem Weg der Ablehnung.

In der FDP war eine andere Entwicklung zu verzeichnen: Bis zu Beginn der 1970er Jahre nahm die Partei eine „kritische Haltung gegenüber einer vorrangig auf Nuklearwaffen gestützten Verteidigungspolitik“ ein.¹⁰² Danach versuchte die Parteiführung, diese Position zu revidieren – auch, um Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU betonen zu können und sich von der SPD abzugrenzen. Doch die Zahl der Skeptiker und Kritiker blieb nicht gering.¹⁰³ Zu Beginn der 1980er Jahre änderte sich allerdings größtenteils deren Auffassung, wenn auch kaum aus innerer Überzeugung: „Die Partei schottet sich gegenüber der gesellschaftlichen Kritik fast völlig ab und versucht, keinen Zweifel an der Solidarität mit der jeweiligen NATO-Politik aufkommen zu lassen. Dies gelingt nur deshalb relativ problemlos, weil sich das Ziel ‚Herrschaftssicherung‘ nach 1980 immer mehr in den Vordergrund schiebt. Spätestens nach der Rücktrittsdrohung des Parteivorsitzenden vor dem Kölner Parteitag im Mai 1981 ist nicht mehr auszumachen, ob die FDP-Mehrheit den Doppelbeschluß [...] aus sicherheits- oder aus machtpolitischen Erwägungen unterstützt.“¹⁰⁴

Es ist Helmut Schmidt zuzustimmen, wenn er in seiner Schrift *Menschen und Mächte* darlegt, Genscher habe beim Bruch der Koalition eine „durchaus aktive Rolle“ gespielt.¹⁰⁵ Dagegen hat der damalige FDP-Vorsitzende in seinen Memoiren auf den Zustand des Bündnispartners abgestellt und das entsprechende Kapitel mit der Überschrift „Die SPD wendet sich ab“ versehen.¹⁰⁶ Auch ihm ist zuzustimmen, denn die Krise der sozialliberalen Koalition in den Jahren 1980 bis 1982 resultierte eben auch aus einer Krise der SPD, in der große Teile die Position des Kanzlers und damit der Bundesregierung insgesamt unterminierten.

Ganz unverkennbar stand die Regierung Schmidt/Genscher quer zur öffentlichen (Mehrheits-)Meinung. Die moralischen Maßstäbe, die Vertreter der *Friedensbewegung*, der bis dahin größten Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, anlegten, kollidierten mit den sicherheitspolitischen Erfordernissen. Aber es war nicht die Frage der Nach- bzw. Umrüstung allein, an der sich die Geister schieden. Mit den Forderungen der *Friedensbewegung* gingen auch starke antiamerikanische und neutralistische Tendenzen einher, welche die Außenpolitik der Bundesrepublik mit ihren fundamentalen Prinzipien

101 EBD. S. 122.

102 Thomas RISSE-KAPPEN, *Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984*, Mainz/München 1988, S. 253.

103 Vgl. EBD. S. 253–259.

104 EBD. S. 257.

105 Helmut SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, S. 127.

106 GENSCHER, *Erinnerungen* (wie Anm. 94), S. 445–453.

der Westbindung bzw. atlantischen (und zugleich westeuropäischen) Orientierung vor eine schwere Belastungsprobe stellen.

In dieser Situation konnten die Stellungnahmen des Bundespräsidenten sehr wohl als klare politische Urteile verstanden werden. Eindringlich führte Carstens beim Überseetag in Hamburg im Mai 1982 aus: „Wenn wir heute vor der Notwendigkeit einer Nachrüstung stehen, so nur, um einem zunehmenden Ungleichgewicht in Mitteleuropa entgegenzuwirken. Freilich zielt der Nachrüstungsbeschluß zugleich in eine andere, mindestens ebenso wichtige Richtung. Die Mitgliedstaaten der NATO sind davon überzeugt, daß die einzige Chance für eine Vereinbarung über eine Rüstungsbegrenzung in dem sogenannten Doppelbeschluß liegt, der die Ankündigung der Nachrüstung mit der Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen verbindet. Dieser Zusammenhang wird von vielen Kritikern des Beschlusses übersehen.“¹⁰⁷ Des Weiteren legte der Bundespräsident in seiner Rede dar: „Ich warne davor, sich von Amerika abzuwenden. Das zu tun, hieße nichts anderes, als zum dritten Mal in unserer jüngeren Geschichte in den Fehler zu verfallen, die Bedeutung der Vereinigten Staaten für unser Schicksal zu mißachten. [...] Wer sich in Deutschland allen Ernstes mit dem Gedanken an einen Neutralismus befaßt, hat aus der Geschichte nicht gelernt. Neutralismus wäre der Versuch, Deutschland in seine alte kontinentale ‚Landbestimmung‘ zurückzuführen. Ein solcher Versuch entspricht nicht der heutigen Wirklichkeit, er verkennt, daß unser Schicksal im 20. Jahrhundert zugleich atlantisch bestimmt ist.“¹⁰⁸

Für die „Frankfurter Rundschau“ griff der Bundespräsident mit seinen Ausführungen in die laufende innenpolitische Kontroverse ein.¹⁰⁹ Aus Sicht der „Welt“ gab Carstens ein rühmliches Beispiel an geistiger Führung.¹¹⁰ Mit der öffentlichen Meinung ging der Bundespräsident jedenfalls nicht konform. Und es war kein Zufall, dass für ihn die Ereignisse bei der Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 – anlässlich der 25-jährigen Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO – zu den schlimmsten Eindrücken seiner Präsidentschaft zählten.¹¹¹ Der Bundespräsident konnte wegen der Straßenschlachten nur in einem Hubschrauber zu der Veranstaltung gebracht werden. Aber Carstens befand sich eben in Übereinstimmung mit der politischen Führung, das heißt mit den Bundesregierungen unter Helmut Schmidt und Helmut Kohl, also auch dem sozialdemokratischen Bundeskanzler. Wäre dem nicht so

107 *Unser Schicksal ist mit Amerika verwoben. Rede beim Überseetag in Hamburg (7. Mai 1982)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews 3* (wie Anm. 23), S. 339–352, hier S. 345f.

108 EBD. S. 347.

109 „Frankfurter Rundschau“ vom 8.5.1982: Eghard MÖRBITZ, „Bundespräsident wird deutlich – Carstens greift in innenpolitische Kontroverse ein“.

110 „Die Welt“ vom 8.5.1982: Friedhelm KEMNA, „Orientierung“.

111 Karl CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen*, hg. von Kai von JENA und Reinhard SCHMOECKEL, Boppard am Rhein 1993, S. 587.

gewesen, wäre seine Amtsführung insgesamt womöglich viel politischer erschienen, als es damals der Fall war bzw. heute der Fall ist. In einer anderen Konstellation hätten seine öffentlichen Äußerungen durchaus als Wegbereiter einer abweichenden außen- und sicherheitspolitischen Linie begriffen werden können.

Fazit

Vor 25 Jahren hat Friedrich Karl Fromme auf die Frage, ob Bundespräsidenten „Deuter ihrer Zeit oder deren Geschöpfe“ seien, geantwortet, dass die jeweiligen Amtsträger einen Machtwechsel allenfalls anzeigen, „passiv wie eine Wetterfahne die Windrichtung weist“. Sie seien vom jeweiligen Zeitgeist determiniert, könnten jedoch nur in engen Grenzen gestaltend auf ihn einwirken, das geistig-politische Klima nur sehr eingeschränkt beeinflussen.¹¹² Fromme legte weiter dar: „Dafür, daß die Bundespräsidenten in die jeweilige Regierungsweise gepaßt haben, mit einigen zeitlichen Überlagerungen, gibt es jenseits jeden historischen Mystizismus eine Erklärung in der politisch ähnlichen Bestellung des Bundespräsidenten und der Bundesregierung durch politische Repräsentativ-Körperschaften.“¹¹³

Diese Einschätzung ist heute noch aktuell, und sie gilt ebenso für das Jahr 1979. Carstens hat weder die Hoffnungen noch die Befürchtungen derjenigen bestätigt, die eine politische Wende erwarteten. In verfassungsrechtlicher Hinsicht hatte er ein restriktives Amtsverständnis, und seine Amtsführung richtete sich exakt daran aus. Selbst die potentiell konfliktrichtigste Entscheidung, vor die er sich gestellt sah, die Auflösung des 9. Deutschen Bundestags, die er am 7. Januar 1983 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache begründete¹¹⁴, ist von keiner Seite – obwohl sie rechtlich gesehen stark umstritten war – jemals in dem Sinne interpretiert worden, der Bundespräsident habe damit der Regierung Kohl den Weg freigemacht. Ganz im Gegenteil wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Carstens damit letztlich zur Stabilität und Kontinuität der politischen Ordnung beitrug.

Ein Bundespräsident, der die ihm nach dem Grundgesetz zufallenden Aufgaben eng deutet, kann allerdings in anderer Hinsicht politisch agieren. So ist Carstens wiederholt als Träger einer geistig-moralischen Erneuerung beschrieben worden, die (möglicherweise) eine politische Wende begleiten oder sogar fördern kann. Die Inhalte seiner öffentlichen Äußerungen lassen das Anliegen erkennen, in einem geistig-moralischen Sinne orientierend zu wirken. Doch einen Wandel zugunsten der Werte, die Carstens vertrat, hat es nicht gegeben. Der große Schub, der die Selbstentfaltung des Individuums von Mitte der

112 FROMME (wie Anm. 20), S. 19.

113 EBD. S. 12.

114 Vgl. dazu CARSTENS, *Reden und Interviews 4* (wie Anm. 58), S. 220–224.

1960er bis Mitte der 1970er Jahre in den Mittelpunkt stellte, hatte seinen Höhepunkt zwar überschritten, lief aber in milderer Form weiter.

Die These des Bundespräsidenten, dass sich die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur nicht wie ein Riegel vor die ganze deutsche Geschichte schieben dürften, barg theoretisch hohes Konfliktpotential in sich, zumal angesichts der Vorwürfe gegenüber den Regierungen unter Helmut Kohl, eine amtliche Geschichtspolitik unter dem Signum der Verharmlosung und Verdrängung der NS-Vergangenheit zu betreiben. In der Tat hat Carstens Akzente gesetzt, die im Identitätsdiskurs seiner Zeit auf demokratische und freiheitliche Bewegungen abstellten, um Möglichkeiten zur positiven Identifikation der Bürger mit ihrem Staat anbieten zu können. Fragen von Schuld und Verantwortung behandelte dieser Bundespräsident anders als seine Vorgänger Heinemann und Scheel. Aber auffällig war sein Engagement ganz und gar nicht, und das ist auch während seiner Präsidentschaft nie so gewertet worden. Im Übrigen kam seit Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus in Gang – das aber eben nur im Sinne des Interesses an Geschichte, nicht etwa im Sinne einer neuen „Entnazifizierung“.

Die stärksten politischen Akzente hat Carstens sicher im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik gesetzt. Sein festes, entschlossenes Eintreten für die Westbindung der Bundesrepublik, das enge Bündnis mit den Vereinigten Staaten, die europäische Integration, die NATO und die Bundeswehr, schließlich den Doppelbeschluss der Atlantischen Allianz, war mehr als Routine und ohne Zweifel mit den Ansichten eines Großteils der bundesdeutschen Öffentlichkeit, einschließlich der politischen Elite, nicht vereinbar. Diese Tatsache wurde offenbar bisweilen dadurch verdeckt, dass sich zumindest kein Gegensatz zu den Bundesregierungen von 1979 bis 1984 ergab.

Vielleicht gibt es andere, stärkere Anzeichen für einen politischen Wandel, die mit der Person von Karl Carstens in keinem Zusammenhang stehen. Hier ist etwa auf das Abstimmungsverhalten der FDP in der Bundesversammlung am 23. Mai 1979 hinzuweisen. Tatsächlich war es eine Demonstration an Distanzierung gegenüber dem Bündnispartner SPD, welche die FDP dort absolvierte. Aber es bleibt auch festzuhalten, dass bei der liberalen Partei Phasen der Abgrenzung mit solchen der erneuten Annäherung wechselten. 1979 gab es daher noch kein sicheres Indiz für einen Koalitionswechsel.

Der fünfte Bundespräsident hat von Beginn an darauf hingewiesen, seine Wahl und seine Amtsführung nicht mit einem Machtwechsel in Bonn in Verbindung bringen zu wollen. Dieses Versprechen hat er eingelöst. Das bedeutete nicht, dass Carstens in politischen und anderen Fragen der Zeit ohne Standpunkt gewesen wäre. Er hat es aber eben strikt vermieden, die dann wirklich eingetretene politische Wende 1982/83 als Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik herauszustellen, wie es Heinemann mit dem Regierungswechsel

1969 tat. Seine Fähigkeit zur Integration des Gemeinwesens, die vornehmste Aufgabe des Staatsoberhauptes, blieb gewahrt.